

ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

über die 9. Sitzung des

Rates der Stadt Brakel
am 02.11.2000
in Brakel, Sitzungssaal der "Alte Waage"

Beginn: **18.00 Uhr**

Ende: **20.10 Uhr**

Anwesend sind unter dem Vorsitz des **Bürgermeisters Friedhelm Spieker** die Ratsmitglieder:

CDU
Allerkamp, Franz-Hermann
Beyermann, Elisabeth
Gerdes, Ferdinand
Giefers, Raimund
Grewe, Ursula
Krömeke, Johannes
Lange, Heinz
Lohre, Helmut
Muhr, Adolf
Neu, Walburga
Nolte, Frank
Peter, Bernd
Pott, Wilfried
Rose, Walter
Röben, August
Schonlau, Gustav
Waldeyer, Peter

SPD
Aßmann, Peter
Fricke, Magdalene
Korte, Ekkehard
Kruse, Johannes
Löffelbein, Angelika
Multhaupt, Hans-Jürgen
Schrader, Helmut

UWG/CWG
Gönnewicht, Erwin
Rissing, Robert
Rohde, Burkhard
Rox, Franz
Wintermeyer, Paul

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**
Ahrens, Stephan
Schulte, Meinolf

Von der Verwaltung nehmen teil:
StOAR Hermann Temme
StBOAR Rudolf Rode
StAR Rudolf Schröder
StA Peter Frischemeier
StHS Ulrike Kröger

Es fehlt das Ratsmitglied:
Wulff, Michael

Der **Bürgermeister** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Sitzungsteilnehmer und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Form und Frist der Einladung ergeben sich keine Bedenken.

Auf Antrag des **Bürgermeisters** wird die Tagesordnung in der öffentlichen Sitzung um den Tagesordnungspunkt 1 „Einführung und Verpflichtung des Ratherrn Heinz Lange“ einvernehmlich erweitert.

Der bisherige Tagesordnungspunkt 1 „Lokale Agenda 21 in Brakel“ wird in Punkt 1 a umbenannt.

Dem Antrag des Ratsherrn **Abmann** seitens der SPD-Fraktion - Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt 8 b „Bündnis für Toleranz, Zivilcourage, gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“ und Umbenennung des Punkt 8 in 8 a - wird **einstimmig** zugestimmt.

Im Anschluss wird die Tagesordnung wie folgt erledigt:

A) Öffentliche Sitzung

Bürgermeister **Spieker** bittet die Mitglieder des Rates eine Gedenkminute für den am 22.10.2000 verstorbenen Ratsherrn Heinrich Scheid einzulegen, der seit 1975 Mitglied im Rat der Stadt Brakel war.

1. Einführung und Verpflichtung des Ratsherrn Heinz Lange

Berichterstatter: Bürgermeister

Als Nachfolger wird anschließend Herr Heinz Lange, Flechtheimer Straße 18, 33034 Brakel, von Bürgermeister **Spieker** durch Nachsprechen der „Eidesformel“ verpflichtet und in das Amt eingeführt.

1a. Lokale Agenda 21 in Brakel

Drucksache Nr.: 84

Berichterstatter: Bürgermeister

Bürgermeister **Spieker** erläutert die Themenschwerpunkte der einzelnen Handlungsfelder der Agenda 21 in Brakel.

Ratsherr **Abmann** stellt seitens der SPD-Fraktion den Antrag, den Beschlussvorschlag zum **Handlungsfeld 3** dahingehend zu ändern, dass nach Vorbereitung durch das Fachamt der Fachausschuss zu beraten hat und zu **Handlungsfeld 4**, dass die Leitlinien zunächst in den Fraktionen zu beraten sind.

Der Rat fasst anschließend unter Einbeziehung des Antrages der SPD-Fraktion **einstimmig** einen Beschluss zu allen Handlungsfeldern:

Beschluss 1:

Handlungsfeld 1 – Siedlung, Struktur, Verkehr, Bauen, Wohnen

Die eingebrachten Vorschläge der Arbeitsgruppe zu den einzelnen Themen zur Beratung an den Bauausschuss zu verweisen.

Handlungsfeld 2 – Jugend, Familie, Lebensgestaltung, Kultur, Bildung

Das Themenfeld Jugend nicht mehr im lokalen Agenda Prozess zu behandeln. An den Kreis Höxter wird die Empfehlung ausgesprochen, die Thematik im eigenständigen Kreis-Agenda-Prozess aufzunehmen. Danach besteht für Brakel kein Handlungsbedarf mehr. Der Agenda-Beauftragte wird ein entsprechendes Schreiben an den Kreis weiterleiten.

Handlungsfeld 3 – Freizeit, Tourismus, Arbeit, Wirtschaft

Die erforderlichen Maßnahmen nach Vorbereitung durch das Fachamt und Beratung im **Fachausschuss** im kommenden Haushaltsjahr zur Realisierung des Projektes durchgeführt werden, nachdem die erarbeiteten Unterlagen der AG in der Verwaltung vorliegen.

Handlungsfeld 4 – Abfall, Energie, Konsum

Die AG die Unterschriftenlisten an die heimischen Bundestagsabgeordneten übergibt zwecks Weiterleitung an das zuständige Ministerium.

Die Leitlinien für den Rat der Stadt Brakel werden zunächst in den einzelnen Fraktionen beraten.

Aufgrund der Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses, den Bezirksausschüssen zu empfehlen, Agendaprojekte in den Ortschaften zu fördern, ergibt sich eine kurze Diskussionsrunde. Ratsfrau **Fricke** äußert bzgl. der finanziellen Umsetzung der Agendaprojekte in den Ortschaften Bedenken. Bürgermeister **Spieler** weist nochmals daraufhin, dass die Finanzen nicht in den Vordergrund gestellt werden sollten, sondern vorrangig die „Bewußtseinsfrage“ und das „Freiwillige Handeln“ gefragt sind.

Beschluss 2:

Der Rat beschließt **einstimmig**, den Bezirksausschüssen zu empfehlen, die Agendaprojekte in den Ortschaften zu fördern.

2. Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Brakel

Drucksache Nr.: 85

Berichterstatter: StOAR Temme und StAR Schröder

StOAR **Temme** weist darauf hin, dass der Entwurf der Verordnung im Sinne einer möglichst kreiseinheitlichen Regelung zunächst auf der Ebene der Ordnungsamtsleiter und anschließend in der Dienstbesprechung des Landrates mit den Bürgermeistern beraten und zur einheitlichen Beschlussfassung empfohlen wurde.

Beschluss:

Der Rat fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Die Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Brakel wird beschlossen und Anlage zur Niederschrift.

3. Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Brakel vom 12.12.1997

⇒ Einführung einer erhöhten Hundesteuer für „Kampfhunde“

Drucksache Nr.: 86

Berichterstatter: StOAR Temme

StOAR **Temme** stellt kurz die Problematik der Einführung einer erhöhten Hundesteuer für „Kampfhunde“ dar und zeigt auf, dass das Bundesverwaltungsgericht eindeutig entschieden hat, dass grundsätzlich eine erhöhte „Kampfhundesteuer“ erhoben werden kann.

Ratsherr **Rose** äußert seine Bedenken, dass durch die höhere Besteuerung mit einem vermehrten Aussetzen von Hunden gerechnet werden kann und fragt an, ob durch eine Wesensüberprüfung des Tieres auch die Befreiung von der Steuererhöhung möglich ist. StOAR **Temme** führt aus, dass aufgrund einer Nachfrage beim Städte- und Gemeindebund NRW eine Befreiung grundsätzlich möglich ist, die Durchführung eines sog. Wesenstestes liegt jedoch im Zuständigkeitsbereich des Kreisveterinäramtes.

Beschluss:

Der Rat beschließt **einstimmig** den Entwurf der I. Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Brakel vom 12.12.1997 als Satzung. Die Satzung wird Anlage zur Niederschrift.

4. Neubesetzung der Einigungsstelle gem. § 67 Landespersonalvertretungsgesetz bei der Stadtverwaltung Brakel

Drucksache Nr.: 87

Berichterstatter: Bürgermeister

Seitens der Fraktionen erfolgt folgender einheitlicher Vorschlag zur Neubesetzung der Einigungsstelle mit Beisitzern der Arbeitgeberseite:

- Ratsherr Krömeke
- Ratsherr Multhaupt
- Ratsherr Gönnewicht

Beschluss:

Der Rat fasst bei **2 Enthaltungen** den **einstimmigen** Beschluss:

"Zum Vorsitzenden der nach § 67 LPVG NRW für die Stadtverwaltung Brakel neu zu besetzenden Einigungsstelle wird in Einvernahme mit dem Personalrat der Stadt Brakel die Direktorin des Amtsgerichts Brakel, Frau Bärbel Meerkötter, und der Arbeitsrichter am Arbeitsgericht Paderborn, Herr Holger Kuhlmeier, zum Stellvertreter bestellt.

Die Gesamtzahl der Beisitzer in der Einigungsstelle, die je zur Hälfte von der Arbeitgeber- bzw. von der Arbeitnehmerseite bestellt werden, wird ebenfalls in Einvernahme mit dem Personalrat auf 6 Beisitzer festgesetzt. Zu Beisitzern der Arbeitgeberseite werden der Bürgermeister, sein allgemeiner Vertreter im Amt und der Leiter des Hauptamtes sowie die Ratsmitglieder

1. Johannes Krömeke
2. Hans-Jürgen Multhaupt
3. Erwin Gönnewicht

benannt. Die an der jeweiligen Sitzung der Einigungsstelle teilnehmenden Beisitzer der Arbeitgeberseite werden vom Rat der Stadt aus diesem Personenkreis zu der anberaumten Sitzung einberufen."

5. Wegeeinziehung im Stadtbezirk Bökendorf

Drucksache Nr.: 88
Berichterstatter: StBOAR Rode

Beschluss:

Der Rat beschließt **einstimmig**:

„Dem Wegeeinziehungsverfahren nach den Bestimmungen des § 7 Straßen- und Wegesetzes NRW für den Wirtschaftsweg in der Gemarkung Bökendorf, Flur 12, Flurstück 91/4, Vorm Bökerberge, in Größe von 607 qm wird zugestimmt, da dieser Weg keine Verkehrsbedeutung mehr hat.

Die bisherige öffentliche Verkehrsfläche wird nach Abschluss des Einziehungsverfahrens an die Interessentin und Eigentümerin des Nachbargrundstückes Flur 12, Flurstück 91/1, zum ortsüblichen Preis verkauft.

6. 5. Änderung des Rezesses in der Spezial-Separationssache von Istrup

Drucksache Nr.: 89
Berichterstatter: StBOAR Rode

Beschluss:

Der Rat fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Der Rezess in der Spezial-Separationssache von Istrup vom 19.12.1873 wird durch Erlass der 5. Nachtragsatzung geändert, sofern gegen die Einziehung der Grundstücksflächen in der Gemarkung Istrup, Flur 2, Flurstück 313 und Flur 3, Flurstück 338, als Teil der im Rezess ausgewiesenen Wegeflächen Nr. 3 und 29 keine Einsprüche erhoben werden.

Des weiteren erfolgt eine vollständige Löschung der beiden vorgenannten Wege im Rezessverzeichnis von Istrup, da beide Wege, soweit nicht vorhanden, heute nicht mehr die Funktion eines Separationsinteressentenweges, sondern die Funktion einer Gemeindestraße erfüllen.

7. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2 „Stienekenbohm“ im Stadtbezirk Hemsben

⇒ Satzungsbeschluss

Drucksache Nr.: 90

Berichterstatter: StBOAR Rode

Beschluss:

Der Rat beschließt **einstimmig** die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2 „Stienekenbohm“ im Stadtbezirk Hemsben gem. § 10 BauGB als Satzung.

Das Plangebiet liegt in der Gemarkung Hemsben südlich des Dorfgemeinschaftshauses, westlich der „Langen Straße“ und nördlich des Kindergartengrundstückes.

Betroffen sind die Grundstücke in der Gemarkung Hemsben, in der Flur 8 die Flurstücke 145 und 247.

8a. Kenntnisnahme über- u. außerplanmäßiger Ausgaben in der Zeit vom 01.07. – 30.09.2000

Drucksache Nr.: 91

Berichterstatter: Bürgermeister

Gem. § 82 der Gemeindeordnung NRW wird von den in der Anlage zur Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben, und zwar

im Verwaltungshaushalt in Höhe von
im Vermögenshaushalt in Höhe von

44.920,29 DM
2.909,05 DM

Kenntnis genommen.

8b. „Bündnis für Toleranz, Zivilcourage, gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“

Berichterstatter: Ratsherr Aßmann

Ratsherr **Aßmann** berichtet, dass seitens des Landes NRW Finanzmittel i.H.v. 1,00 DM/je Einwohner für Projekte gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit in Aussicht gestellt werden. Er regt in diesem Zusammenhang an, Aktionen, wie z.B. Podiumsdiskussionen, Schulprojekte, Informationsveranstaltungen, VHS-Kurse, Auszeichnungen verdienter Bürger pp. durchzuführen, um diese zweckgebundenen Mittel in Anspruch nehmen zu können.

Ratsherr **Lohre** ist der Auffassung, dass die Probleme nicht allein durch finanzielle Mittel zu regeln sind, sondern die „Sache“ selbst im Mittelpunkt stehen sollte. Ratsherr **Aßmann** sieht ebenfalls das Problem als vordergründig an, doch ohne finanzielle Mittel sind seines Erachtens keine Aktivitäten möglich.

Bürgermeister **Spieker** führt aus, dass bereits auf der Ebene der Ordnungsamtsleiter ein Abstimmungsgespräch zu diesem Thema stattgefunden hat und eine gemeinsame Vorgehensweise auf Kreisebene angestrebt wird. Er stellt klar, dass im Gebiet der Stadt Brakel seit Jahren gegen das Problem der Fremdenfeindlichkeit angegangen wird, z.B. durch die Beschäftigung eines Streetworkers und die Schaffung einer Ordnungspartnerschaft.

Die Ratsherren **Korte, Wintermeyer, Schulte** und **Pott** stellen fest, dass auch in diesem Bereich die Bewußtseinsstärkung vor die Finanzierung zu stellen ist und sind sich einig, dass entsprechender Handlungsbedarf besteht.

Bürgermeister **Spieker** sagt eine erneute Behandlung dieser Angelegenheit in einer der nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses und des Rates zu.

9. Bekanntgaben der Verwaltung

Zusammenlegungsverfahren Schmechten

Berichterstatter: StBOAR Rode

Bzgl. des o.g. Zusammenlegungsverfahrens ergab eine Nachfrage beim Amt für Agrarordnung in Warburg, Herrn Schwarzdorf, dass der Stadt Brakel für den realisierten Grundstückstausch Hillebrandt/Tewes bislang Vermessungskosten i.H.v. **650,00 DM** entstanden sind. Weitere geringfügige Kosten i.H.v. **500,00 DM** haben sich aus einem Landerwerb an der Nethe ergeben, der über das Förderprogramm „Grunderwerb und ökologische Verbesserung an der Nethe“ mit 80 % gefördert wurde.

Ausbau/Änderung der Nieheimer Straße

Berichterstatter: StBOAR Rode

Durch die Planungsänderungen beim Ausbau der Nieheimer Straße - Wegfall der Inseln und Schwarzdeckenmehrfläche – wurden insgesamt Kosten i.H.v. **4.296,93 DM** eingespart.

Starker Dieselgeruch in der Innenstadt

Berichterstatter: StBOAR Rode

Am 06.09.2000 war im Bereich des Schmutzwasserkanals Warburger Straße/Bahnhofstraße/Am Bahndamm starker Dieselgeruch zu vernehmen. Eine sofort eingeleitete Untersuchung ergab, dass kein ölhaltiges Abwasser in den Kanälen vorhanden war. Bei der Überprüfung des Regenklärbeckens auf dem Grundstück Göbel, das fast entleert war, konnte starker Dieselgeruch festgestellt werden, wobei in den Zuleitungskanälen keine Ölfilmreste zu finden waren. Es ist abschließend festzustellen, dass lediglich eine geringfügige Menge ölhaltiges Abwasser in den städt. Schmutzwasserkanal gelangt ist, die keine nachteiligen Auswirkungen mit sich gebracht hat.

Besetzung des Haupt- und Finanzausschusses mit Vertretern der Kirchen und Schulen

Berichterstatter: Bürgermeister

Aufgrund der Änderung des § 12 Schulverwaltungsgesetz hat die katholische bzw. die evangelische Kirche das Recht, ab dem 01.01.2001 je einen Geistlichen oder einen anderen Vertreter als beratendes Mitglied zur Mitwirkung in Schulangelegenheiten in den Haupt- und Finanzausschuss zu berufen.

Die Kirchen wurden bereits mit der Bitte um Benennung entsprechender Vorschlagspersonen angeschrieben.

Es besteht weiterhin die Möglichkeit Vertreter der Schulen zur Mitwirkung in Schulangelegenheiten in den Haupt- und Finanzausschuss zu berufen. Diesbezüglich verweist Bürgermeister **Spieker** auf eine entsprechende Beratung und Beschlussfassung in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses bzw. des Rates.

10. Anfragen der Ratsmitglieder

Antrag der UWG/CWG-Fraktion vom 20.01.2000

Erstellung eines Gutachtens bzgl. eines Fernwärmenetzes im Baugebiet „Bei der lütken Linde“

Auf Anfrage des Ratsherrn **Rox** nach dem derzeitigen Erkenntnisstand in der Angelegenheit, führt Bürgermeister **Spieker** aus, dass eine Beratung zwischen dem Kreis Höxter und der Firma Sauerlandwärme stattgefunden hat. Es wird angedacht, eine „große Lösung“ für das gesamte Stadtgebiet zu finden. Da dieses derzeit jedoch noch nicht umsetzbar ist, wird die „kleine Lösung“ unter Anschluss der Adolph-Kolping-Schule, Landwirtschaftskammer und dem Kolping-Berufsbildungswerk angestrebt. Diese Gespräche sind allerdings noch nicht abgeschlossen, so dass noch kein endgültiges Ergebnis feststeht und eine Beratung über den Antrag in der nächsten Bauausschusssitzung erfolgen sollte.

Pflasterung des Bürgersteiges „Am Wullhof“ im Stadtbezirk Bökendorf

Ratsherr **Gönnewicht** fragt an, wie die Kosten für die Pflasterung des Bürgersteiges „Am Wullhof“ im Stadtbezirk Bökendorf im Haushaltsplan verbucht wurden. StBOAR **Rode** stellt klar, dass diese Kosten unter der allgemeinen Straßenunterhaltung wiederzufinden sind.

Poller im Bereich des Kirchplatzes

Ratsherr **Rissing** bemängelt den Standort eines im Bereich des Kirchplatzes der Pfarrkirche St. Michael aufgestellten Pollers, da nach seiner Kenntnis hier schon Personen gestürzt sind.

StBOAR **Rode** erklärt, dass dieser Standort ganz bewusst gewählt wurde, um zu verhindern, dass sobald der ansässige Zahnarzt Fiege den Poller zu seiner Zufahrt umlegt, der Weg für eventuell nachfolgende Fahrzeuge versperrt bleibt.

Entfernung der Anlandungen im Bereich des Brucht-Kaiwassers

StBOAR **Rode** teilt auf Anfrage des Ratsherrn **Rissing** mit, dass die Anlandungen im Bereich des Kaiwassers der Brucht bereits entfernt wurden. Der Bachlauf, der durch die Kernstadt läuft, wird mindestens einmal jährlich und bei Bedarf entschlammt, es wird jedoch an einer globalen Lösung für den gesamten Wasserlauf der Brucht gearbeitet. StBOAR **Rode** appelliert in diesem Zusammenhang auch an das Bewusstsein der Bürger, Möglichkeiten zu schaffen, das Oberflächenwasser direkt auf dem eigenen Grundstück versickern zu lassen (Teiche anlegen pp.).

Langzeitparker in der Innenstadt

Auf Anfrage des Ratsherrn **Korte** teilt Bürgermeister **Spieker** mit, dass das Problem der berufstätigen Langzeitparker in der Innenstadt bekannt ist und die diesbezüglichen Appelle, den „Bredenparkplatz“ zu nutzen, bereits erfolgreich waren.

Beschädigungen aufgrund der Erdarbeiten am „Höxterschen Weg“ im Stadtbezirk Bökendorf

Ratsherr **Ahrens** fragt an, wann die im Bereich des „Höxterschen Weges“ durch Erdarbeiten und starke Lkw-Nutzung hervorgerufenen Schäden beseitigt werden. StBOAR **Rode** sagt eine Ausbesserung der Straße im kommenden Jahr zu, da die Haushaltsmittel für diese Maßnahme jetzt bereits verbraucht sind.

Verkauf des städtischen Dienstwagens HX-2350

Bürgermeister **Spieker** teilt auf Anfrage des Ratsherrn **Kruse** mit, dass der städtische Dienstwagen HX-2350 zu einem Preis von 5.500,00 DM veräußert wurde.

Wegeaushub im Bereich des „Annenfeldes“

Eine Klärung der Anfrage des Ratsherrn **Kruse** bzgl. des Wegeaushubes im Bereich des „Annenfeldes“ wird für die nächste Sitzung zugesagt.

Veröffentlichung der 23. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Brakel

Bürgermeister **Spieker** erklärt entsprechend der Anfrage des Ratsherrn **Kruse**, dass die Veröffentlichung der 23. Änderung des Flächennutzungsplanes versehentlich im lokalen Teil des Westfalen-Blattes abgedruckt wurde. Die ordnungsgemäße Veröffentlichung ist am heutigen Tage (02.11.2000) im Amtsblatt der Stadt Brakel erfolgt.

11. Anfragen der Zuhörer

Es ergeben sich folgende Anfragen der Zuhörer:

Herr **Reinhard Kaletta**, wohnhaft Lange Straße 7 in 33034 Brakel-Hembsen, fragt an, warum seit Montag dem 30.10.2000 im Bereich der Langen Straße 3-15 in Hembsen ein absolutes Halteverbot verhängt wurde.

StAR **Schröder** erklärt, dass aufgrund des dort verlaufenden Radweges bereits 1995 entsprechende Schutzstreifen angebracht wurden, die ein „Absolutes Halteverbot“ zwingend mit sich bringen. Das Problem der Anlieger bzgl. der Anlieferung und des Be- und Entladens wurde bereits erkannt und beim Straßenverkehrsamt der Antrag gestellt, das Zeichen 283 (Absolutes Halteverbot) durch das Zeichen 286 (Eingeschränktes Halteverbot) zu ersetzen.

Herr **Kaletta** hält die durchgeführte Maßnahme für nicht gerechtfertigt, da die Radfahrer seiner Meinung nach lediglich den Radfahrweg entlang der Nethe und nicht entlang der „Langen Straße“ befahren. Zudem sieht er unter Zustimmung des Ratsherrn **Krömeke** die Gefahr, dass Autofahrer an der Ortseinfahrt bzw. -ausfahrt Hembsen nicht mehr durch die geparkten Pkw der Anlieger zu verhaltenem Tempo gezwungen werden und dadurch eine zusätzliche Gefahr für alle Anlieger gegeben ist.

Ratsherr **Krömeke** fügt hinzu, dass das Problem grundsätzlich neu überdacht und mit dem Kreis Höxter als Straßenbulasträger abgestimmt werden muss. Der Bezirksausschuss Hembsen wird sich unter Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger kurzfristig in der Angelegenheit neu beraten.

Weitere Anfragen der Zuhörer ergeben sich nicht.

Damit ist die Tagesordnung erledigt und mit einem Dank an die Teilnehmer schließt Bürgermeister Spieker die Sitzung.

Spieker
(Bürgermeister)

Kröger
(Schriftführerin)